

Herausforderungen für die Sozialdemokratie : Fragen zur Programmdiskussion der SP Schweiz

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **28 (2008)**

Heft 55

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Herausforderungen für die Sozialdemokratie

Fragen zur Programmdiskussion der SP Schweiz

Der Neoliberalismus ist nichts anderes als der entfesselte, sich in seiner Kenntlichkeit offenbarende Kapitalismus. Gelingt es, diesen Kapitalismus (wieder) zu *zähmen*, ohne ihn im Kern zu *überwinden*? Das ist eine Machtfrage und angesichts der Macht des Kapitals eine schwer zu beantwortende Frage. Solange die Politik im lokalen, bestenfalls regionalen Rahmen verharrt, wird sie zum Spielball der Wirtschaft und ihrer Global Players.

Zu Recht heisst es im neuen Wirtschaftskonzept der SPS, „dass eine linke Wirtschaftspolitik ... im Kern des Motors intervenieren muss, dort, wo der Wert entsteht, indem sie etwas einfügt, das kein Teilnehmer des Marktes vermag: eine langfristige Vision und die Fähigkeit, Risiken zu teilen zugunsten der Beschäftigung, der Schaffung von Reichtum, des Schutzes von Umwelt und Gemeinwohl“. Der „Kern des Motors“ aber ist die dem Privateigentum zustehende Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die Sachzwang gewordene Profitgier, die möglichst hohe Eigenkapitalrenditen erwirtschaften muss – mit allen Folgen für Mensch und Umwelt.

Die Frage, wie globalisieren *wir* Solidarität und Nachhaltigkeit, impliziert, dass wir für die Wirtschaft Verantwortung tragen. Diese Verantwortung kann und darf nicht an den sogenannten Markt delegiert werden, auch nicht an das Kapital und seine Manager. Und das heisst: Jetzt muss sich wieder die „alte“ Frage nach der *Wirtschaftsdemokratie* stellen. In allen bisherigen Programmen der SP Schweiz ist sie die eigentliche Grundforderung hinter Begriffen wie Gemeinwirtschaft, Genossenschaftlichkeit und Mitbestimmung. Wenn dieses Identifikationsmerkmal eines demokratischen Sozialismus weiterhin aufrechterhalten werden kann, muss es dann nicht erst recht wieder offensiv vertreten werden?

Diese Fragen bedürfen zu ihrer Beantwortung auch einer *Analyse des wirtschaftsdemokratischen Transformationspotentials* in der Schweiz und im Ausland:

- Inwiefern enthält der heutige *Service public* das Potential einer Wirtschaftsdemokratie? Lässt sich die Verselbständigung von Staatsbetrieben und Verwaltungsabteilungen („New Public Management“) im Sinn vermehrter Mitbestimmung der Beschäftigten von links her besetzen?
- Wie (demokratisch) funktionieren die grossen *Konsumgenossenschaften*? Wie steht es um die *Produktivgenossenschaften* in der Schweiz? Was ist aus der *Arbeiterselbstverwaltung* im In- und Ausland geworden? Was können wir z.B. von einer – dem wirtschaftsdemokratischen Ideal nahe kommenden – Kooperative wie *Mondragón* im Baskenland mit Produktionsstätten in vier Kontinenten und 100'000 Beschäftigten lernen?

- Wäre die Zielsetzung der 1976 gescheiterten *Mitbestimmungsinitiative* angesichts des Shareholder-Kapitalismus nicht aktueller denn je? Welche Erfahrungen lassen sich aus der Mitbestimmung in der EU (Euro-Betriebsräte) und insbesondere in Deutschland gewinnen?
- Inwiefern lässt sich Demokratie am Arbeitsplatz auch über *Gesamtarbeitsverträge* festschreiben?
- Warum kommt die (paritätische!) Mitbestimmung in den *Pensionskassen* (mit einem Kapital von 484 Mia. Franken Ende 2004) so wenig zum Zug? Liesse sie sich für eine nachhaltige Anlagepolitik, für eine soziale und ökologische Unternehmenspolitik und für die Demokratisierung der Wirtschaft nutzen?
- Was heisst Wirtschaftsdemokratie für Menschen, die *nicht erwerbstätig* sind? Welcher Arbeitsbegriff liegt ihr zugrunde oder sollte ihr zugrunde liegen?

Wirtschaftsdemokratische Fragen stellen sich sodann auf der Makroebene des Staates und der EU:

- Welche demokratisch legitimierten Institutionen kontrollieren den Wettbewerb, welche die Umweltbelastung (so dass die externen Kosten internalisiert werden), welche die Konversion der industriellen Produktion zu geschlossenen Stoffkreisläufen?
- Welche demokratisch legitimierten Institutionen bestimmen bzw. koordinieren die Geld-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik?
- Wie können die Unternehmungen verpflichtet werden, gemeinwohlorientierte Institutionen zu sein?
- Welche Kompetenzen hat der Staat, um die Standortverlagerung von Produktionsmitteln zu verhindern oder im Fall von Betriebsstilllegungen die Produktion durch öffentlich unterstützte Mitarbeiter/innen-Gesellschaften oder Genossenschaften aufrechtzuerhalten?

Auf der Weltebene stellen sich zusätzliche Fragen:

- Wie lassen sich IWF, WTO und Weltbank auf eine Weltinnenpolitik der Gerechtigkeit und der Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts verpflichten und mit Stimmrechtsmodellen nach Massgabe der Gleichheit der Staaten demokratisieren?
- Soll die UNO-Generalversammlung, die diesen Kriterien schon weitgehend entspricht, mit legislativen Kompetenzen ausgestattet werden?
- Wie wird die Souveränität der Staaten, vor allem auch der kleineren und schwächeren unter ihnen, respektiert, sodass sie über ihre wirtschaftliche Entwicklung demokratisch und in Übereinstimmung mit den Menschenrechten entscheiden können?

Weitere Fragen betreffen das Verhältnis von Wirtschaftsdemokratie und Markt:

- Wieviel Markt braucht die Wirtschaft, um die Menschen effizient mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen?
- Wieviel Markt braucht die Wirtschaftsdemokratie, um dezentrale, überhaupt demokratische Entscheidungen in den Unternehmungen zu ermöglichen?
- Wieviel politische Intervention des Staates, der EU und der globalen Institutionen ist nötig, um die Wirtschaft, auch die „Wirtschaftsdemokratie“, auf soziale und ökologische Leitplanken zu verpflichten?

Der Streit um Menschenbilder

Es geht bei all diesen Fragen nach Wirtschaftsdemokratie um die „Rettung der Demokratie“ (SPS-Programm von 1935) überhaupt. Letztlich geht es um die Frage nach dem Menschenbild. Dieses kann im Staat nicht ein anderes sein als in der übrigen Gesellschaft, insbesondere in der Wirtschaft. Es ist nicht möglich, dass ein partizipatives Menschenbild in der Politik und ein autoritäres in der Wirtschaft auf die Länge miteinander koexistieren. Neoliberale haben diese Einheit des Menschenbildes insofern begriffen, als sie den Staat immer mehr der Wirtschaft unterwerfen und ihn auch noch in seinen Restbeständen mit New Public Management-Konzepten auf den „Kunden“ statt auf den „Citoyen“ ausrichten. Die *Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche* ist eine logische Konsequenz aus dem neoliberalen Menschenbild.

Die Konsequenz aus dem partizipativen Menschenbild ist die *Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche*, die Einführung von Mitbestimmungsrechten in allen Fragen, die für die heute lebenden Menschen und für die kommenden Generationen existenziell wichtig sind. In der Konsequenz dieses Menschenbildes liegt die „Wirtschaftsdemokratie“ nicht weniger als die politische Demokratie. Das Wirtschaftskonzept 1994 der SPS fordert zu Recht: „Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen.“ Auch diese Analyse zum neuen Parteiprogramm sieht im Abschnitt „Wirtschaft“ als „zentrale Herausforderung, die zunehmende Dominanz des Faktors Kapital über den Faktor Arbeit zu brechen“. Es geht bei der Wirtschaftsdemokratie um die Frage nach „glaubwürdigen Alternativen“ (im Plural!). Wenn eine andere Welt möglich, ja notwendig ist, dann sind solche Alternativen, mögen sie noch so utopisch scheinen, kein überflüssiger Luxus, sondern eine historische Notwendigkeit.

* Auszug aus dem Beitrag „Demokratischer Sozialismus in Zeiten der Globalisierung“, Kapitel 6 und 7, erschienen in Rote Revue 2/08, welcher der laufenden Debatte um die Revision des Parteiprogramms der SP Schweiz gewidmet ist. Vgl. auch Adrian Zimmermann: Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie. In: Widerspruch Heft 49, 2005.